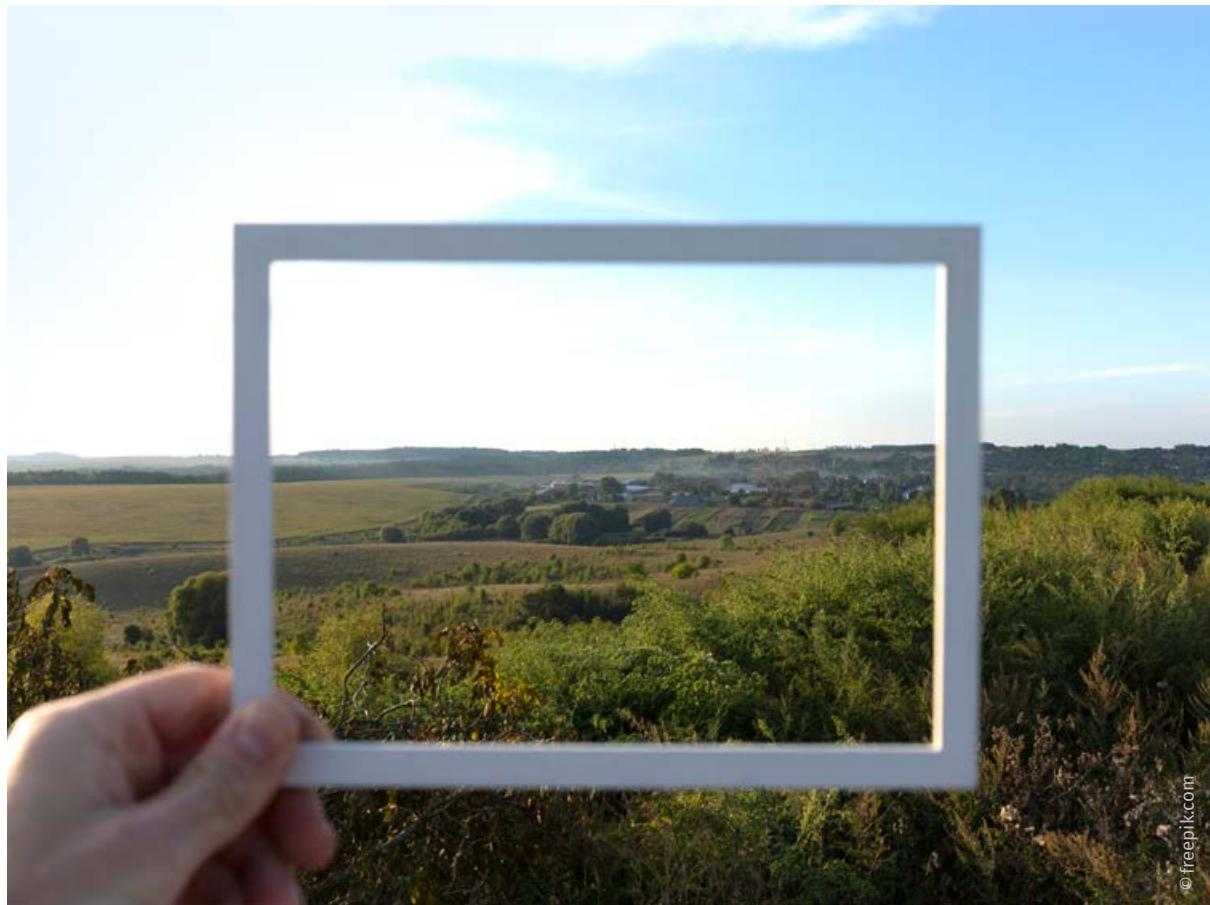


08.01.2026 STELLUNGNAHME

Nachhaltigkeit weiterdenken – Zukunft gestalten



Im Überblick

Konsequentes Handeln auf der Grundlage des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung eröffnet Wettbewerbsvorteile, stärkt Demokratie und Zusammenhalt. Für uns und folgende Generationen wird so ein gemeinsames, gesundes, gerechtes Miteinander in Wohlstand und Sicherheit möglich – in Europa und mit unseren Partnern weltweit.

Mit den Empfehlungen „Nachhaltigkeit weiterdenken – Zukunft gestalten“ bekräftigt und akzentuiert der RNE seine Veröffentlichung aus dem Frühjahr 2025. Er ermutigt die Bundesregierung, ihr Regierungshandeln viel strategischer an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Dazu müssen öffentliche Mittel langfristig, investiv und generationengerecht eingesetzt sowie private Investitionen in diesem Sinne angereizt werden. Gleichzeitig gilt es, die Sicherheitsperspektive zu erweitern sowie effektive internationale Institutionen und faire Partnerschaften weltweit zu unterstützen: Resiliente Lieferketten und Abhängigkeiten in Handelsbeziehungen müssen in den Blick genommen werden. Genauso müssen Bedrohungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wie auch zunehmende Sicherheitsrisiken durch Klimawandel und Biodiversitätsverlust erkannt und angegangen werden.

Die Empfehlungen gliedern sich in acht Handlungsfelder:



Die Mitglieder des Rates bringen ganz unterschiedliche Perspektiven der Gesellschaft ein. In der Ausrichtung an den Nachhaltigkeitszielen sehen sie die strategische Chance für Deutschland und Europa – auch und gerade in einer sich zuspitzenden Weltlage.

Der **Rat für Nachhaltige Entwicklung** ist unabhängig und berät die Bundesregierung mit dem Ziel, die Grundlagen für eine gute Zukunft zu legen. Seine 15 Mitglieder bilden einen Querschnitt der Gesellschaft und kommen aus den Bereichen Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Alle drei Jahre wird der Rat durch das Bundeskanzleramt neu berufen. 2026 startet er in die nächste Periode und feiert zugleich sein 25-jähriges Bestehen.

Nachhaltigkeit weiterdenken – Zukunft gestalten

Mit dem strategischen Leitbild der nachhaltigen Entwicklung umfassend, konsequent und mit Tempo Deutschlands und Europas Position stärken

Die Herausforderungen für die aktuelle Bundesregierung sind immens: Die geopolitische Lage spitzt sich weiter zu, der Reformdruck von außen und innen steigt. Wir erleben wachsendes autoritäres Denken – nicht nur in Ländern wie Russland, sondern auch in den USA – sowie die Missachtung grundlegender Menschenrechte. Bei stagnierender Wirtschaft schreiten Erderwärmung und Verlust der Artenvielfalt mit großem Tempo voran. Hinzu kommen gravierende Veränderungen durch den demografischen Wandel, während gleichzeitig rasante technologische Entwicklungen unser Leben drastisch verändern.

Der Soziologe und Nationalökonom Max Weber formulierte treffend, dass erfolgreiche Politik mit der schonungslosen Betrachtung der Wirklichkeit beginnt. Dies teilen wir und dazu wollen wir ermutigen. Daher gilt es, die sicherheits- wie die umweltpolitischen Gefährdungen, die wirtschaftliche Stagnation sowie die sozialen Spannungen ehrlich zu analysieren und zu kommunizieren. In Politik und Gesellschaft müssen alle Kräfte mit dem Ziel mobilisiert werden, bestehende und zukünftige Herausforderungen in und mit einer lebendigen Demokratie gemeinsam zu meistern.

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ist **die beste Grundlage einer Zukunftsstrategie** für Deutschland und für Europa. Mit der Begeisterung für Freiheit, Innovationen, nachhaltige Technologien sowie einer gemeinsamen Verantwortungsbereitschaft werden wir in der Lage sein, unsere Werte zu verteidigen wie auch weltweit wieder an Respekt und Attraktivität zu gewinnen. Ganz entscheidend wird hierbei sein, zwischen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft partnerschaftlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, um eine höchstmögliche Dynamik zu entfalten.

Resilienz aufbauen – über alle Bereiche hinweg

Deutschland und Europa müssen einen neuen Umgang mit anhaltenden und schwerwiegenden Unsicherheiten finden. Ein umfassendes Sicherheitsverständnis bezieht neben der notwendigen Verteidigungsfähigkeit gegen territoriale wie hybride Angriffe auch resiliente Lieferketten und Abhängigkeiten sowie Bedrohungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein. Wer die Widerstandsfähigkeit Deutschlands und Europas stärken will, muss auch den zunehmenden Sicherheitsrisiken durch Klimawandel und Biodiversitätsverlust konkrete Maßnahmen entgegensetzen sowie starke internationale Institutionen und Partnerschaften weltweit erhalten und neue Allianzen schmieden.

Positives Zielbild, trag- und akzeptanzfähige Lösungen für Zielkonflikte finden

Die klimaschonende Modernisierung unserer Wirtschaft wird uns allen etwas abverlangen. Und sie wird nicht zum Nulltarif kommen. Es ist wichtig, dabei Ziel- und Verteilungskonflikte offen auszusprechen wie auch anzuerkennen, dass nicht alle von den gewollten Veränderungen gleichermaßen profitieren werden und nicht alle in gleicher Weise von Unsicherheiten und Belastungen betroffen sind. Vor diesem Hintergrund kann ein realistisches, positives Zielbild, das den langfristigen Nutzen für alle nachvollziehbar macht, die gesellschaftliche Akzeptanz der Veränderungen erhöhen. Grundsätzlich sollte dabei gelten, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Denn auch Fairness spielt eine wichtige Rolle für die Akzeptanz von Veränderungen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Generationengerechte Finanzen, die Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen

Von entscheidender Bedeutung ist zudem eine tragfähige Fiskalpolitik. Öffentliche Mittel müssen vorausschauend und generationengerecht eingesetzt werden. Wer überholt Geschäftsmodelle und den Nachhaltigkeitszielen entgegenstehende Praktiken subventioniert oder Einzelgruppen ohne Hebelwirkung entlastet, verspielt die Chance, Gestaltungsspielräume für kommende Generationen zu schaffen. Zukunftsfähige Investitionen sind nicht konsumtiv, sondern investiv.

Taten statt Worte

Zukunft gestalten mit dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung – Leitplanken für die Bundesregierung

Die Bundesregierung hat ihre Reformagenda mit einem starken Fokus auf die Außen- und Verteidigungspolitik sowie mit Blick auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit angestoßen. Um mittel- und langfristig tragfähig zu sein, müssen die Regierungsprioritäten sehr viel stärker systematisch und zukunftsweisend mit den Nachhaltigkeitszielen verzahnt werden. Die Kombination von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Dimension innerhalb einer modernen, nachhaltigen Entwicklung bietet einen Gegenentwurf zu autokratischen Systemen, zu Unberechenbarkeit und Verunsicherung und damit echte Chancen. Der Kabinettsbeschluss „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“ vom 5. November 2025 setzt den richtigen Rahmen; jetzt kommt es darauf an, diesen konsequent und mit großer Geschwindigkeit in die Tat umzusetzen und so die nachhaltige Entwicklung strategisch zum eigenen Vorteil zu nutzen.

1. Mit abgestimmtem Regierungshandeln schnell sichtbare Verbesserungen schaffen

Konsistentes Regierungshandeln und ein handlungsfähiger Staat sind Grundlage für das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen. Eine ganzheitliche, ressortübergreifende Zielverfolgung sowie schnell spürbare Verbesserungen für Bürger*innen (zum Beispiel durch beschleunigte Digitalisierung sowie Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren) sind wichtig. Genauso entscheidend ist der Abbau von Bürokratie, wo diese nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit behindert.¹

Worin wir die Bundesregierung bestärken:

- Das Tempo der **Digitalisierung** sowie bei der Verschlankung von Verwaltungs- und Verfahrensvorgängen erhöhen
- **Staatsmodernisierung** vorantreiben
- Den Einfluss von **Partikularinteressen gering halten** sowie **konservative Subventionen hinterfragen**, die den Zielen entgegenstehen
- Sozialleistungen im Sinne eines „**One-stop-shops**“ bündeln

2. Verlässlichen Rahmen für öffentliche und private Investitionen sowie für zukunftsfähige öffentliche Finanzen setzen

Eine zukunftsfähige Wirtschaft steht und fällt mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigen Produktivitätssteigerung. Dabei ermöglichen verlässliche Rahmenbedingungen langfristige Planungshorizonte – auch über Wahlperioden hinaus. Gleichzeitig spielt bei der öffentlichen Finanzierung die Generationengerechtigkeit eine entscheidende Rolle.

Wozu wir die Bundesregierung ermutigen:

- Mittel aus den **Sondervermögen effizient und zusätzlich investiv** nutzen – so, dass Investitionen an den Zielen der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden
- Im Bereich öffentlicher Investitionen Instrumente einsetzen, die **privates Kapital mit öffentlichem Kapital hebeln** und damit größtmögliche Investitionseffekte über einen längeren Zeitraum garantieren

¹ Vgl. auch den Abschlussbericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat: [Abschlussbericht](#) sowie die „100 Vorschläge für den Neustaat“ von Ralph Brinkhaus: [Wir brauchen eine Jahrhundertreform_V10](#)

- **Zielkonflikte** – insbesondere Fragen der **Schuldentragfähigkeit**, der **Generationengerechtigkeit** und der **Verteilungsgerechtigkeit**, auch in den Sozialversicherungssystemen – offen benennen und angehen
- Die **gerechte Verteilung** der finanziellen Lasten sicherstellen

3. Wandel nicht aufschieben, sondern klug gestalten

Europa kann mit grünen Technologien durch kluge Innovationen neue Schlüsselmärkte erschließen und so die eigene Wettbewerbsposition stärken. Was China in vielen Technologiefeldern vormacht, sollte Europa sich zumindest vornehmen und beweisen, dass Demokratien Lösungskompetenz für die Herausforderungen unserer Zeit besitzen.

Wozu wir die Bundesregierung ermutigen:

- Am Ziel der **Klimaneutralität bis 2045** festhalten
- Den **Ausbau moderner Netze, Speicher** und **erneuerbarer Energien** sowie den **Hochlauf von klimafreundlichem, am Ende grünem Wasserstoff** vorantreiben
- Die **Kompensation von Leistungsschwankungen** der Energieerzeugung durch Speicherung und Anpassung im Verbrauch unterstützen
- **Gaskraftwerke** wasserstoffready und in **erforderlichem Umfang** bauen
- Den Rahmen so setzen, dass Kommunen und Energieversorgungsunternehmen die **Wärmewende verlässlich, kosteneffizient und sozialverträglich** umsetzen können
- Die **Kreislaufwirtschaftsstrategie** zügig in die Praxis umsetzen. Die Industrie dabei unterstützen – insbesondere auch bei der Entwicklung **nachhaltigerer Designs** und Technologien – und für förderliche regulatorische Rahmen sorgen. Die Kreislauffähigkeit sollte zudem bei **öffentlichen Vergaben** – auch aus Sondervermögen – und in Förderprogrammen berücksichtigt werden
- Die zentrale Rolle einer resilienteren Natur beim **Erhalt unserer Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen** im politischen Handeln stärker anerkennen. Unternehmen unter anderem durch marktwirtschaftliche Anreize, verlässliche Rahmenbedingungen und grüne Finanzierung im Biodiversitätsschutz befähigen
- Für **ausgewählte Stoffströme Mindestquoten für Sekundärrohstoffe** einführen und die entsprechenden Industrien und Ökosysteme verlässlich und umfassend unterstützen

4. Wirtschaft und kritische Infrastruktur klimaresilient machen

Der Risikobericht des Weltwirtschaftsforums prognostiziert, dass in den nächsten zehn Jahren vier der fünf größten unternehmerischen Risiken aus dem Nachhaltigkeitsbereich stammen werden. Dabei rückt insbesondere der Kampf um die Eindämmung der schlimmsten Folgen der Klimakrise immer stärker in den Fokus. Für uns heißt das: Nicht nachlassen beim Tempo im Kampf gegen den Klimawandel und gleichzeitig die Investitionen in Anpassungsmaßnahmen hochfahren. Denn: Klimabedingte Extremwetterereignisse bedrohen schon heute Wirtschaftsstandorte, Wohngebiete und kritische Infrastruktur. Versicherer ziehen sich aus Risikogebieten zurück, Prämien steigen. Wer keine Anpassungsmaßnahmen entwickelt, wird wirtschaftliche Schäden verkraften müssen. Gleichzeitig gilt, wer Antworten auf diese Risiken hat und ihnen mit entsprechenden Produkten, Prozessen oder Technologien vorbeugen oder begegnen kann, kann sich erfolgreich im In- und Ausland positionieren.

Wozu wir die Bundesregierung ermutigen:

- Risiken aus **Klimawandel und Naturverlust mit effektiven Instrumenten** adressieren
- **Städte, Produktionsstandorte und kritische Infrastruktur** durch Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes und ohne weitere Zersiedelung, Versiegelung und Artenverlust gegen Klimawandelfolgen wie Trockenheit und Wasserknappheit, Extremniederschläge und Hochwasser wappnen
- Eine verbindliche **Analyse der Klimaresilienz** einfordern, Ziele definieren, in Forschungsprogrammen abbilden, Best-Practice-Ansätze schneller skalierbar machen
- In Deutschland und Europa Prozesse und Anforderungen so harmonisieren, dass alle effektiven Instrumente genutzt werden, um die **Wettbewerbsfähigkeit durch nachhaltige Verfahren, Produkte und Technologien zu erhöhen**

5. Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Destabilisierung und Spaltung entgegenwirken

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist zentral, aktuell jedoch durch Desinformation, Polarisierung und sinkende Durchlässigkeit (Bubble-Effekt) brüchig. Es gilt, antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken und einer „Ansteckungsgefahr“ durch Autokratien wirksam vorzubeugen.

Worin wir die Bundesregierung bestärken:

- **Schulen**, Berufsschulen und Universitäten **ertüchtigen und modernisieren**, damit alle jungen Menschen beste Bildungschancen haben. Bildungsinhalte **zu unserem demokratischen Grundgerüst** in geeigneter Weise **erlebbar machen** und stärken
- **Den informierten und kritischen Umgang mit Social Media**, Fake News und gezielter Desinformation **stärken**
- **Kultur der Freiwilligkeit etablieren**: Die Angebote für den aktuell freiwilligen Wehrdienst um Angebote zu Zivildienst, gemeinnützigen Tätigkeiten und Katastrophenschutz sowie zu entwicklungs-politischem Freiwilligendienst erweitern
- Die **Wertschätzung des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements** in Vereinen, Initiativen und Projekten stärker ausdrücken
- Das demokratische politische Engagement gemeinnütziger Organisationen durch die **Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts** absichern

6. Verteilungskonflikten offen und ausgewogen begegnen, Akzeptanz fördern

Bestehende Verteilungskonflikte werden zum einen aktuell unter anderem durch die wirtschaftliche Stagnation und die Krise am Wohnungsmarkt verschärft, zum anderen langfristig durch den demografischen Wandel, steigende Investitionsbedarfe in Infrastruktur und Klimaanpassung sowie durch hohe Militärausgaben. Verteilungskonflikte und Zumutungen müssen offen thematisiert und die Lasten für alle tragfähig gestaltet werden. Entscheidungen müssen erklärt und für die einzelne Person nachvollziehbar werden. Außerdem müssen sie für die Gesellschaft insgesamt ausgewogen erscheinen. Wenn die Kosten als gerecht verteilt wahrnehmbar sind und mit einem starken gesellschaftlichen Zielbild kombiniert werden, sind auch individuelle Einschnitte eher akzeptabel.

Wozu wir die Bundesregierung ermutigen:

- Einen **Gerechtigkeits-/Lastencheck** in Entscheidungen und Gesetzgebungsverfahren aufnehmen
- Klare und **verlässliche Prioritäten in der Sozialpolitik** entwickeln – mit einem fairen Fokus auf die Erblasten für nachkommende Generationen
- Die **Integration von Menschen mit Migrationshintergrund** in Gesellschaft und Arbeitsmarkt stärken

- **Kommunikation verstärken und Partizipation** ermöglichen – einerseits, um Entscheidungen integrativ zu gestalten und einzuordnen; andererseits, um die Akzeptanz durch Angebote zu steigern, bei denen möglichst viele von Entwicklungen und Errungenschaften profitieren können (zum Beispiel kommunale Windparks, Bürgerenergie et cetera)

7. Gewicht in der Europäischen Union einbringen

Europa muss seine Möglichkeiten entschlossener und geschlossener nutzen, um die Welt gemeinsam zum Besseren zu gestalten. Eine Friedensmacht zu sein in der Welt, die ihre Werte verteidigen kann, ist und bleibt die Grundidee der Europäischen Union.

Wozu wir die Bundesregierung ermutigen:

- **Koalitionen für eine regelbasierte und gerechte Welt** vorantreiben
- Zügig **neue Handelsabkommen** schließen und dabei **faire und nachhaltigkeits-orientierte Rahmenbedingungen** forcieren, damit auch die eigene Resilienz und Unabhängigkeit gestärkt wird
- Eine verlässliche und **langfristig ausgerichtete Partnerschaft mit der Afrikanischen Union** aufbauen, um Entwicklungschancen und Menschenrechte zu stärken, Fluchtursachen zu bekämpfen und gleichermaßen eigene wirtschaftliche Interessen zu verfolgen
- Einstehen für: a) eine **gemeinsame europäische Außenpolitik**, die Europas Rolle als Friedensmacht gerecht wird; b) **eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik**; c) eine **Migrationspolitik**, die sich an der Genfer Flüchtlingskonvention und den Beschlüssen zur gemeinsamen Asylpolitik ausrichtet und denjenigen Kommunen in der EU eine stärkere finanzielle Unterstützung gibt, die Flüchtlinge freiwillig aufnehmen
- Durch **EU-interne Reformen** die Handlungsfähigkeit der EU verbessern und Erweiterungsoptionen gut bewältigbar gestalten

8. Mit effektiven internationalen Institutionen und verlässlichen Zusagen weltweit Partnerschaften aufbauen und gemeinsam Entwicklungsziele realisieren

Globale Herausforderungen können nur gemeinsam bewältigt werden. Deshalb müssen internationale Institutionen und Regelwerke gestärkt, inklusiver und effektiver werden. Gute Partnerschaften weltweit werden angesichts aktueller geopolitischer Entwicklungen, aber auch unsicherer Lieferketten und Rohstoffmärkte immer wichtiger. Berechtigte Eigeninteressen aller Partner sollten zum beidseitigen Vorteil verfolgt werden, um so die Ziele der Agenda 2030 wirksam umzusetzen.

Worin wir die Bundesregierung bestärken:

- Deutschland sollte seiner Rolle als nun größter internationaler Geber gerecht werden. Es sollte diese nutzen, um die Vereinten Nationen in ihrer Integrität zu schützen, um wirksame **internationale Institutionen und Initiativen zu unterstützen** und um die Zusagen zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 Prozent für Official Development Assistance) und der humanitären Hilfe einzuhalten
- Neue Allianzen bilden und die internationale Zusammenarbeit stärker auf den **gemeinsamen Interessen** der verschiedenen Partner aufbauen
- Bei der Verfolgung nationaler Interessen im Rahmen internationaler Partnerschaften sollten die **vereinbarten Entwicklungsziele mit den berechtigten Eigeninteressen verzahnt** und so die **Agenda 2030** umgesetzt werden. Wir sehen keinen Widerspruch zwischen unseren globalen Verpflichtungen und der Verwirklichung unserer berechtigten Eigeninteressen

Über den Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) berät die Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik. Er ist in seiner Tätigkeit unabhängig und wird seit 2001 alle drei Jahre von der Bundesregierung berufen. Ihm gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik an. Den Vorsitz führt seit 2023 Reiner Hoffmann, stellvertretende Vorsitzende ist Gunda Röstel. Der Rat führt auch eigene Projekte durch, mit denen die Nachhaltigkeit praktisch vorangebracht wird. Zudem setzt er Impulse für den politischen und gesellschaftlichen Dialog. Der Rat wird von einer Geschäftsstelle mit Sitz in Berlin unterstützt.

Impressum

Rat für Nachhaltige Entwicklung, Geschäftsstelle
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Potsdamer Platz 10
10785 Berlin

nachhaltigkeitsrat.de



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung